<RepeatBlock-Amend><Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>60</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>60</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manuel Bompard, Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 40</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 40. begrüßt die Veröffentlichung des Berichts der Kommission über die Umsetzung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, aus dem hervorgeht, dass bei jeder der acht Einzelmaßnahmen der Strategie gewisse Fortschritte erzielt wurden; stellt jedoch fest, dass die Auswirkungen des Klimawandels trotz der weltweiten Bemühungen um eine Emissionsminderung unabwendbar sind und unbedingt Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden müssen; fordert die Kommission deshalb auf, die Strategie entsprechend den Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu überarbeiten, wonach die EU nach wie vor gefährdet ist, was klimatische Einflüsse innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen anbelangt; betont, dass die Versicherungsbranche in die Anpassung an den Klimawandel investieren muss und dass öffentliche und private Investitionen in Forschung und Innovation getätigt werden müssen; ist der Ansicht, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit und Unversehrtheit, das Aufhalten des Rückgangs der biologischen Vielfalt und die Förderung der Anpassung des städtischen Umfelds vorrangige Ziele sind; | 40. begrüßt die Veröffentlichung des Berichts der Kommission über die Umsetzung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, aus dem hervorgeht, dass bei jeder der acht Einzelmaßnahmen der Strategie gewisse Fortschritte erzielt wurden; stellt jedoch fest, dass die Auswirkungen des Klimawandels trotz der weltweiten Bemühungen um eine Emissionsminderung unabwendbar sind und unbedingt Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden müssen; fordert die Kommission deshalb auf, die Strategie entsprechend den Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu überarbeiten, wonach die EU nach wie vor gefährdet ist, was klimatische Einflüsse innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen anbelangt; betont, dass die Versicherungsbranche in die Anpassung an den Klimawandel investieren muss und dass öffentliche und private Investitionen in Forschung und Innovation getätigt werden müssen; ist der Ansicht, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit und Unversehrtheit, das Aufhalten des Rückgangs der biologischen Vielfalt und ***der Landverödung sowie*** die Förderung der Anpassung des städtischen Umfelds vorrangige Ziele sind; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>61</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>61</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manuel Bompard, Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 42</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 42.weist erneut darauf hin, dass Anpassungsmaßnahmen in allen Ländern unabdingbar sind, wenn die negativen Auswirkungen des Klimawandels so gering wie möglich gehalten und die Chancen auf ein klimaresistentes Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung uneingeschränkt genutzt werden sollen; hält es für geboten, dass einheitliche Systeme und Instrumente konzipiert werden, mit denen die Fortschritte und die Wirksamkeit einzelstaatlicher Anpassungspläne und -maßnahmen überwacht werden können; bedauert, dass die Mitgliedstaaten in ihren Entwürfen der nationalen Energie- und Klimapläne wenig Ambitionen mit Blick auf die Vorgaben für Energieeffizienz und erneuerbare Energie an den Tag ***legen***; ruft in Erinnerung, dass erneuerbare Energieträger einschließlich erneuerbarer Meeresenergie als Bestandteil der Kreislaufwirtschaft Teil der Lösung zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Auswirkungen sind; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Energie- und Klimapläne auszubauen, um das Übereinkommen von Paris uneingeschränkt umsetzen zu können; | 42.weist erneut darauf hin, dass Anpassungsmaßnahmen in allen Ländern unabdingbar sind, wenn die negativen Auswirkungen des Klimawandels so gering wie möglich gehalten und die Chancen auf ein klimaresistentes Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung uneingeschränkt genutzt werden sollen; hält es für geboten, dass einheitliche Systeme und Instrumente konzipiert werden, mit denen die Fortschritte und die Wirksamkeit einzelstaatlicher Anpassungspläne und -maßnahmen überwacht werden können; bedauert, dass die Mitgliedstaaten in ihren Entwürfen der nationalen Energie- und Klimapläne wenig Ambitionen mit Blick auf die Vorgaben für Energieeffizienz und erneuerbare Energie an den Tag ***gelegt und keine Informationen darüber aufgenommen haben, wie die Gleichstellung der Geschlechter gewährleistet werden soll, obwohl sie darum ersucht worden waren, solche Informationen aufzunehmen***; ruft in Erinnerung, dass erneuerbare Energieträger einschließlich erneuerbarer Meeresenergie als Bestandteil der Kreislaufwirtschaft Teil der Lösung zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Auswirkungen sind; ***betont ferner, dass integrative Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse, einschließlich Mitglieder aller gesellschaftlichen Randgruppen, Frauen, Transgender-Personen und indigener Bevölkerungsgruppen, dazu beitragen werden, die Bedürfnisse der Gemeinschaften zu ermitteln und bewährte Verfahren auszutauschen, um eine gerechte Energiewende zu ermöglichen;*** fordert ***deshalb*** die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Energie- und Klimapläne auszubauen, um das Übereinkommen von Paris uneingeschränkt umsetzen zu können; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>62</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>62</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 46</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 46. würdigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die größten öffentlichen Geber von Finanzmitteln für den Klimaschutz sind; begrüßt den auf der COP 24 gefassten Beschluss, über die derzeitige Verpflichtung, ab 2020 jährlich 100 Mrd. USD bereitzustellen, hinaus über eine ehrgeizigere Zielvorgabe für die Zeit ab 2025 zu entscheiden, erklärt sich jedoch besorgt darüber, dass die tatsächlichen Zusagen der Industrieländer immer noch weit hinter dem gemeinsamen Ziel von 100 Mrd. USD pro Jahr zurückbleiben; erwartet, dass die Schwellenländer ab 2025 zu dem höheren Betrag für die internationale Klimaschutzfinanzierung beitragen; | 46. würdigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die größten öffentlichen Geber von Finanzmitteln für den Klimaschutz sind; begrüßt den auf der COP 24 gefassten Beschluss, über die derzeitige Verpflichtung, ab 2020 jährlich 100 Mrd. USD bereitzustellen, hinaus über eine ehrgeizigere Zielvorgabe für die Zeit ab 2025 zu entscheiden, erklärt sich jedoch besorgt darüber, dass ***es in der vorgesehenen Klimaschutzfinanzierung kein Gleichgewicht zwischen Anpassung und Minderung gibt, obwohl die Länder gemäß Artikel 9 des Übereinkommens von Paris anstreben sollten, dies zu erreichen, und ist auch besorgt darüber, dass*** die tatsächlichen Zusagen der Industrieländer immer noch weit hinter dem gemeinsamen Ziel von 100 Mrd. USD pro Jahr zurückbleiben ***und dass es sich hauptsächlich um Darlehen und nicht um Finanzhilfen handelt; bedauert, dass die Klimaschutzfinanzierung für Anpassung immer noch im Vergleich zur Klimaschutzfinanzierung für Minderung sehr gering ist und dass es keine Klimaschutzfinanzierung gibt, um sich mit klimabedingten Verlusten und Schäden zu befassen***; erwartet, dass die Schwellenländer ab 2025 zu dem höheren Betrag für die internationale Klimaschutzfinanzierung beitragen; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>63</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>63</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manuel Bompard, Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 52</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 52.betont, dass der Haushalt der EU mit ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich nachhaltige Entwicklung ***und*** ihren mittel- und langfristigen klima- und energiepolitischen Zielen im Einklang stehen, diesen Zielen nicht entgegenwirken und ihre Umsetzung nicht behindern sollte; fordert die Kommission daher auf, EU-Investitionen stets auf ihre Klimaverträglichkeit und ihre Vereinbarkeit mit der biologischen Vielfalt zu prüfen und gegebenenfalls harmonisierte und verbindliche Vorschriften vorzulegen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR) vollständig mit dem Übereinkommen von Paris im Einklang steht und keine Ausgaben im Widerspruch zu dem Übereinkommen stehen; hebt die große Bedeutung der Auffüllung des globalen Klimaschutzfonds hervor und hält die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Beiträge zur Mobilisierung der ersten Ressourcen mindestens zu verdoppeln; fordert die Europäische Investitionsbank auf, der Vergabe von Darlehen für Projekte mit fossilen Brennstoffen rasch ein Ende zu setzen***, mit Ausnahme solcher Fälle, in denen Gas in Kombination mit erneuerbaren Energieträgern als Brückentechnologie verwendet wird, um Kohle zu ersetzen, in denen es keine Alternativen gibt, in denen Schutzvorkehrungen getroffen werden, um Knebeleffekten vorzubeugen, und in denen Maßnahmen ergriffen werden, mit denen sichergestellt werden soll, dass der Emissionspfad mit den Zielen des Übereinkommens von Paris vereinbar bleibt***; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei Ausfuhrkreditgarantien den gleichen Grundsatz anzuwenden; fordert, dass gesonderte öffentliche Garantien für umweltverträgliche Investitionen sowie Zertifikate für ein grünes Finanzwesen und Steuervergünstigungen für umweltfreundliche Investitionsfonds und für die Ausgabe umweltfreundlicher Anleihen vorgesehen werden; hält eine ambitioniertere Finanzierung von Forschung und industriell nutzbaren Innovationen für geboten; | 52.betont, dass der Haushalt der EU mit ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich nachhaltige Entwicklung***, mit*** ihren mittel- und langfristigen klima- und energiepolitischen Zielen ***und mit dem in Warschau geschaffenen internationalen Mechanismus zur Bewältigung klimabedingter Verluste und Schäden*** im Einklang stehen, diesen Zielen nicht entgegenwirken und ihre Umsetzung nicht behindern sollte; fordert die Kommission daher auf, EU-Investitionen stets auf ihre Klimaverträglichkeit und ihre Vereinbarkeit mit der biologischen Vielfalt zu prüfen und gegebenenfalls harmonisierte und verbindliche Vorschriften vorzulegen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR) vollständig mit dem Übereinkommen von Paris im Einklang steht und keine Ausgaben im Widerspruch zu dem Übereinkommen stehen; hebt die große Bedeutung der Auffüllung des globalen Klimaschutzfonds hervor und hält die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Beiträge zur Mobilisierung der ersten Ressourcen mindestens zu verdoppeln; fordert die Europäische Investitionsbank auf, der Vergabe von Darlehen für Projekte mit fossilen Brennstoffen rasch ein Ende zu setzen; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei Ausfuhrkreditgarantien den gleichen Grundsatz anzuwenden; fordert, dass gesonderte öffentliche Garantien für umweltverträgliche Investitionen sowie Zertifikate für ein grünes Finanzwesen und Steuervergünstigungen für umweltfreundliche Investitionsfonds und für die Ausgabe umweltfreundlicher Anleihen vorgesehen werden; hält eine ambitioniertere Finanzierung von Forschung und industriell nutzbaren Innovationen für geboten; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>64</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>64</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 52 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
|  | ***52a. bedauert, dass der Europäischen Investitionsbank nach der jüngsten Überarbeitung ihrer Politik der Kreditvergabe im Energiebereich trotz der Tatsache, dass Finanzierungen für Vorhaben, die fossile Brennstoffe betreffen, bis 2021 auslaufen sollen, gestattet ist, Gasinfrastrukturprojekte in der Vierten Liste der Vorhaben von gemeinsamen Interesse mit einem ko-finanzierten EU-Budget bis Ende 2021 zu genehmigen; betont, dass Infrastrukturentscheidungen dazu führen, dass man von Wegen abhängig wird, und fordert deshalb ein Ende aller neuen Entwicklungsvorhaben, die fossile Brennstoffe betreffen, einschließlich Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas;*** |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>65</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>65</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manuel Bompard, Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 53</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 53. betont, wie wichtig ein gerechter Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist und dass ein vorausschauender und Teilhabe ermöglichender Ansatz erforderlich ist, damit der Übergang den Bürgern tatsächlich zugutekommt und die schwächsten Regionen und Bevölkerungsteile unterstützt werden; hält die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang für ein auf EU-Ebene verwendbares Instrument, mit dem jene Menschen und Regionen in der EU, die am stärksten von der Dekarbonisierung betroffen sind, wie etwa die im Wandel befindlichen Kohlenbergbauregionen, in den Wandel einbezogen und gut informiert werden; räumt ein, dass Ausgleichsfonds allein keine Garantie für einen gerechten Übergang sind und dass jeder Politik für einen Übergang eine umfassende Strategie der EU für die Entwicklung und Modernisierung dieser Regionen der EU sowie Unterstützung für jene Akteure, die bei dem Übergang vorangehen, zugrunde liegen sollte; vertritt die Auffassung, dass der klimabedingte Wandel in der EU ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig vollzogen werden muss; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, hierfür geeignete Strategien und Finanzmittel vorzusehen, die von klaren, glaubwürdigen und durchsetzbaren kurz- und langfristigen Dekarbonisierungsverpflichtungen der betreffenden Mitgliedstaaten für die gesamte Wirtschaft abhängig gemacht werden, indem sie unter anderem konkrete Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kohle in ihre endgültigen nationalen Energie- und Klimapläne aufnehmen, wobei hierfür ein zeitlicher Rahmen gesetzt werden sollte, der im Einklang mit der Verpflichtung der EU steht, dafür zu sorgen, dass die Erderwärmung mit den langfristigen Zielen des Übereinkommens von Paris und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 vereinbar bleibt; | 53. betont, wie wichtig ein gerechter Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist und dass ein vorausschauender und Teilhabe ermöglichender Ansatz erforderlich ist, damit der Übergang den Bürgern tatsächlich zugutekommt und die schwächsten Regionen und Bevölkerungsteile unterstützt werden; hält die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang für ein auf EU-Ebene verwendbares Instrument, mit dem jene Menschen und Regionen in der EU, die am stärksten von der Dekarbonisierung betroffen sind, wie etwa die im Wandel befindlichen Kohlenbergbauregionen, in den Wandel einbezogen und gut informiert werden; räumt ein, dass Ausgleichsfonds allein keine Garantie für einen gerechten Übergang sind und dass jeder Politik für einen Übergang eine umfassende Strategie der EU für die Entwicklung und Modernisierung dieser Regionen der EU sowie Unterstützung für jene Akteure, die bei dem Übergang vorangehen, zugrunde liegen sollte; vertritt die Auffassung, dass der klimabedingte Wandel in der EU ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig vollzogen werden muss; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, hierfür geeignete Strategien und Finanzmittel vorzusehen, die von klaren, glaubwürdigen und durchsetzbaren kurz- und langfristigen Dekarbonisierungsverpflichtungen der betreffenden Mitgliedstaaten für die gesamte Wirtschaft abhängig gemacht werden, indem sie unter anderem konkrete Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kohle ***und aus anderen fossilen Brennstoffen sowie das Auslaufen von Subventionen für fossile Brennstoffe*** in ihre endgültigen nationalen Energie- und Klimapläne aufnehmen, wobei hierfür ein zeitlicher Rahmen gesetzt werden sollte, der im Einklang mit der Verpflichtung der EU steht, dafür zu sorgen, dass die Erderwärmung mit den langfristigen Zielen des Übereinkommens von Paris und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 vereinbar bleibt; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>66</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>66</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 62</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 62. weist darauf hin, dass 80 % der Menschen, die durch den Klimawandel vertrieben werden, Frauen und Kinder sind, welche durch den Klimawandel in der Regel stärker beeinträchtigt und belastet werden als Männer, an wichtigen klimapolitischen Entscheidungsprozessen jedoch weniger beteiligt sind; betont daher, dass die Stärkung der Stellung aller ausgegrenzten Geschlechter sowie deren uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung in Führungspositionen in internationalen Foren wie dem UNFCCC und ihre Einbindung in nationale, regionale und lokale Klimaschutzmaßnahmen für den Erfolg und die Wirksamkeit solcher Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Umsetzung des UNFCCC-Aktionsplans für die Gleichstellung uneingeschränkt unterstützen sollten, indem sie insbesondere die Geschlechterperspektive in den Klimaschutz- und Entwicklungsstrategien der EU durchgängig berücksichtigen, und dass sie die Teilhabe von indigenen Frauen und Frauenrechtsaktivisten im Rahmen des UNFCCC-Prozesses fördern sollten; | 62. weist darauf hin, dass 80 % der Menschen, die durch den Klimawandel vertrieben werden, Frauen und Kinder sind, welche durch den Klimawandel in der Regel stärker beeinträchtigt und belastet werden als Männer, an wichtigen klimapolitischen Entscheidungsprozessen jedoch weniger beteiligt sind; betont daher, dass die Stärkung der Stellung aller ausgegrenzten Geschlechter ***(einschließlich Frauen, Mädchen und der transsexuellen Gemeinschaft)*** sowie deren uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung in Führungspositionen in internationalen Foren wie dem UNFCCC und ihre Einbindung in nationale, regionale und lokale Klimaschutzmaßnahmen für den Erfolg und die Wirksamkeit solcher Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Umsetzung des UNFCCC-Aktionsplans für die Gleichstellung uneingeschränkt unterstützen sollten, indem sie insbesondere die Geschlechterperspektive in den Klimaschutz- und Entwicklungsstrategien der EU durchgängig berücksichtigen, und dass sie die Teilhabe von indigenen Frauen und Frauenrechtsaktivisten im Rahmen des UNFCCC-Prozesses fördern sollten; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>67</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>67</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Sandra Pereira, Nikolaj Villumsen, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 64 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
|   | ***64a. ist der Auffassung, dass das Emissionshandelssystem der EU versagt hat und nicht in der Lage ist, seine Emissionsminderungsziele zu erreichen; betont, dass durch die Schaffung von mehr CO2-Märkten andere Formen von Umweltregulierung geschwächt und untergraben werden; betont, dass Alternativen für den Emissionshandel beschlossen werden müssen und dass ein Marktansatz durch gerechtere und wirksamere ordnungspolitische Ansätze ersetzt werden muss;*** |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>68</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>68</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 70</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 70.weist darauf hin, dass 23 % der weltweiten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft stammen; betont, dass in ***intelligente landwirtschaftliche Techniken und*** Produktionsmethoden investiert werden muss, um eine ausreichende Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung zu gewährleisten***, und*** dass ***hierzu etwa die Abscheidung von Methan aus Dung, ein effizienterer Einsatz von Düngemitteln, die Verwendung von Biomasse in Zyklen*** und ***eine größere Effizienz bei der Fleisch- und Milcherzeugung zählen***; | 70.weist darauf hin, dass 23 % der weltweiten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft stammen ***und dass 80 % der Entwaldung weltweit in Verbindung mit Landwirtschaft stehen***; betont, dass in ***agrarökologischen Landbau sowie nachhaltige*** Produktionsmethoden ***und Konsumgewohnheiten*** investiert werden muss, um eine ausreichende Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung zu gewährleisten***; betont, dass Effizienz allein keine angemessene Strategie zur Senkung des CO2-Ausstoßes für den Agrarsektor darstellt; fordert alle Parteien auf, eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu fördern;*** |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>69</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>69</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 71</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 71. weist darauf hin, dass die Landwirtschaft zwar für etwa 10% der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich ist, dass sie aber das Potenzial hat, die EU bei der Verringerung ihrer Emissionen durch eine gute Bodenbewirtschaftung, Agroforstwirtschaft, den Schutz der biologischen Vielfalt und andere Landbewirtschaftungstechniken zu unterstützen; stellt fest, dass die Landwirtschaft das Potenzial hat, bis 2050 jährliche Emissionseinsparungen von etwa 3,9 Gigatonnen CO2-Äquivalenten – etwa 8 % der derzeitigen weltweiten Treibhausgasemissionen – zu erzielen; | 71. weist darauf hin, dass die Landwirtschaft zwar für etwa 10 % der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich ist, dass sie aber das Potenzial hat, die EU bei der Verringerung ihrer Emissionen durch ***Verringerung ihrer Proteinabhängigkeit von Drittländern, verminderten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger,*** eine gute Bodenbewirtschaftung, Agroforstwirtschaft, den Schutz der biologischen Vielfalt und andere Landbewirtschaftungstechniken zu unterstützen; stellt fest, dass die Landwirtschaft das Potenzial hat, bis 2050 jährliche Emissionseinsparungen von etwa 3,9 Gigatonnen CO2-Äquivalenten – etwa 8 % der derzeitigen weltweiten Treibhausgasemissionen – zu erzielen; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>70</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>70</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manuel Bompard, Manon Aubry</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 73</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 73. weist auf die nutzbringende und wichtige Rolle hin, die die Landwirtschaft bei der Bekämpfung des Klimawandels übernehmen kann, und unterstreicht die große Bedeutung der GAP, ***wenn es gilt,*** Landwirte bei der Entwicklung klimaschonender landwirtschaftlicher Methoden wie etwa der Kohlenstoffbindung und dem Recycling von emittiertem CO2 zu unterstützen; | 73. weist auf die nutzbringende und wichtige Rolle hin, die die Landwirtschaft bei der Bekämpfung des Klimawandels übernehmen kann, und unterstreicht die große Bedeutung ***einer Reformierung*** der GAP, ***um*** Landwirte bei der Entwicklung ***und Anwendung*** klimaschonender landwirtschaftlicher Methoden wie etwa der Kohlenstoffbindung und dem Recycling von emittiertem CO2 zu unterstützen; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>71</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>71</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, Nikolaj Villumsen, Matt Carthy, Martina Anderson, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 113</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
| 113. betont, dass die Klimaschutzziele in allen Politikbereichen der Union einschließlich der Handelspolitik durchgängig berücksichtigt werden müssen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle von der EU unterzeichneten neuen Handels- und Investitionsabkommen voll und ganz mit dem Übereinkommen von Paris und den Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind und dass Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen rechtsverbindlich und durchsetzbar sind; ersucht die Kommission, eine umfassende Bewertung der Kohärenz der bestehenden und künftigen Abkommen mit dem Übereinkommen von Paris durchzuführen und zu veröffentlichen; fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass alle Handelsabkommen verbindliche Bestimmungen über die Einhaltung des Übereinkommens von Paris einschließlich Bestimmungen über die Bewirtschaftung und nachhaltige Erhaltung von Wäldern enthalten; fordert die Kommission auf, dem Lebenszyklus der gehandelten Waren von der Konzeption bis zum Verbrauch besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um natürliche Ressourcen zu schützen und die kumulativen Auswirkungen unter anderem hinsichtlich des Transports zu berücksichtigen; | 113. betont, dass die Klimaschutzziele in allen Politikbereichen der Union einschließlich der Handelspolitik durchgängig berücksichtigt werden müssen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle von der EU unterzeichneten neuen Handels- und Investitionsabkommen voll und ganz mit dem Übereinkommen von Paris und den Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind und dass Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen rechtsverbindlich und durchsetzbar sind; ersucht die Kommission, eine umfassende Bewertung der Kohärenz der bestehenden und künftigen Abkommen mit dem Übereinkommen von Paris durchzuführen und zu veröffentlichen; fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass alle Handelsabkommen verbindliche Bestimmungen über die Einhaltung des ***1,5 °C-Ziels des*** Übereinkommens von Paris einschließlich Bestimmungen über die Bewirtschaftung und nachhaltige Erhaltung von Wäldern enthalten; fordert die Kommission auf, dem Lebenszyklus der gehandelten Waren von der Konzeption bis zum Verbrauch besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um natürliche Ressourcen zu schützen und die kumulativen Auswirkungen unter anderem hinsichtlich des Transports zu berücksichtigen; |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

<Amend><Date>{22/11/2019}22.11.2019</Date> <ANo>B9-0174</ANo>/<NumAm>72</NumAm>

Änderungsantrag <NumAm>72</NumAm>

<RepeatBlock-By><Members>Mick Wallace, Idoia Villanueva Ruiz, Petros Kokkalis, Anja Hazekamp, Martin Buschmann, Marisa Matias, João Ferreira, Sandra Pereira, Nikolaj Villumsen, Marc Botenga, Pernando Barrena Arza, Leila Chaibi, Stelios Kouloglou, Konstantinos Arvanitis, Manon Aubry, Manuel Bompard</Members>

<AuNomDe>{GUE/NGL}im Namen der GUE/NGL-Fraktion</AuNomDe>

</RepeatBlock-By>

<TitreType>Entschließungsantrag</TitreType> B9-0174/2019

<Rapporteur>ENVI, PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL</Rapporteur>

<Titre>Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2019 in Madrid, Spanien (COP 25)</Titre>

<DocAmend>Entschließungsantrag</DocAmend>

<Article>Ziffer 114 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Entschließungsantrag | Geänderter Text |
|   | ***114a.*** ***ist der Auffassung, dass die Liberalisierung des Welthandels bedeutende Auswirkungen auf den zunehmenden Energieverbrauch und die steigenden Treibhausgasemissionen hat; fordert deshalb ein Ende neuer Freihandelsabkommen; lehnt eine neoliberale Politik ab, die Großunternehmen bevorzugt und die Last der Klimakrise auf die Menschen verlagert; verurteilt neoliberale Maßnahmen und Programme, durch die der Agroindustrie freie Hand gelassen wird, sich des natürlichen Reichtums souveräner Länder zu bemächtigen;*** |

Or. <Original>{EN}en</Original>

</Amend>

</RepeatBlock-Amend>